

Petitionsausschuß . . .

Fortsetzung von Seite 10

selbst entscheiden, ob er sich an das Landesparlament oder an das kommunale Parlament wendet.

Herbert Neu (F.D.P.) wies darauf hin, daß sich auch ausländische Mitbürger in verstärktem Maße an den Petitionsausschuß wenden. Zu den typischen Ausländerproblemen gehörten vor allen Dingen Fragen des Aufenthaltsrechts. In wenigen Fällen hätten auch schon Scheinasylanten nach jahrelangem Ausschöpfen aller Rechtsmittel versucht, eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zu erreichen. Wenn es um Einbürgerung gehe, suchten meistens Akademiker aus Entwicklungsländern um Hilfe nach, die mit ihren Familien zum Teil schon seit 15 Jahren in der Bundesrepublik lebten und voll in die Gesellschaft integriert seien. Der Antrag auf Einbürgerung werde bis auf wenige Ausnahmen abgelehnt, betonte der F.D.P.-Abgeordnete. „Der Petent ist aus entwicklungspolitischen Gründen bei der Studienplatzvergabe privilegiert worden und hat im Interesse der Entwicklungshilfe eine Ausbildung bekommen. Hier steht das Schicksal der Familie des Petenten gegen das Schicksal derer, denen die Ausbildung des Petenten in seinem Heimatland neue Lebenschancen geben soll.“ Jedoch sei in einer Reihe von Härtefällen eine Lösung gefunden worden. Dabei habe es sich um Ärzte gehandelt, die während ihrer Facharztausbildung jahrelang in von deutschen Ärzten „nicht beherrschten“ Krankenhäusern tätig waren. Neu: „Nun liegt es im Interesse der Versorgung der deutschen Bevölkerung, diese Ärzte zu behalten, bis bei uns die Arzt-Patient-Relation ein Verhältnis von 1:500 erreicht hat.“

Von einer „Petitionsfraktion“ im Landtag sprach der CDU-Abgeordnete Heinz Szymczak. In dem Petitionsausschuß gehe es nicht um Mehrheitsverhältnisse. Das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition finde nicht statt. Einziges Kriterium sei die Frage nach der Berechtigung der Petition. Aus der Arbeit des Ausschusses griff Szymczak die zahlreichen Beschwerden über kommunale Erschließungskosten auf. „Was uns Sorge macht“, sagte er, „ist die Art und Weise, wie Gemeinden in unserem Land mit dem Geld ihrer Bürger umgehen.“ In Neubaugebieten müßten die Hauseigentümer oft jahrelang warten, bis die von ihnen bereits vorfinanzierten Straßen tatsächlich gebaut würden. Häufiges Argument der Verwaltungen sei: „Wir haben zur Zeit wichtigere Objekte, für die wir unser knappes Geld benötigen.“ In einem Fall habe der Petitionsausschuß eine Gemeinde aufgefordert, den Betroffenen ihre gezahlten Beträge zurückzuerstatten. Der Kämmerer habe dies abgelehnt und erklärt, dann müsse man aus Gründen der Gleichbehandlung Rückzahlungen in Höhe von zwei Millionen Mark vornehmen. Im Namen des Petitionsausschusses ersuchte der CDU-Abgeordnete den Innenminister, „im Rahmen seiner Kompetenzen nachdrücklich auf die Gemeinden einzuwirken, keine rechtswidrigen Zustände eintreten zu lassen“. Die Erschließungskosten müßten in angemessener Zeit zweckentsprechend verwendet werden.

Porträt der Woche

„Man muß sich doch nicht immer mit dem Hackbeil entgegenkommen“, meint pointiert die CDU-Abgeordnete. Und sie fügt hinzu: „In einer pluralistischen Welt sollten sich alle gesellschaftlichen Gruppen bemühen, möglichst auf einen – wenn auch den kleinsten gemeinschaftlichen Nenner zu kommen, damit das Leben erträglicher wird.“ Und Maria Hölters hat ihren Beitrag dazu geleistet, während ihrer 22jährigen Tätigkeit im NRW-Landtag wie auch in den vielfältigen Gremien, vor allem des Familien- und Bildungsbereichs.

Dabei läßt die Düsseldorferin keinen Zweifel an ihrem weltanschaulichen Standort: „Als katholische Politikerin sehe ich meine Aufgabe darin, die Kirche in die Welt hineinzutragen.“ Doch diesen Kirchenbegriff sieht die heute 69jährige Abgeordnete nicht eng, und sie betont wiederholt gerade die soziale Verpflichtung der Christen.

Zu dieser Einstellung mag die Erfahrung aus den Nachkriegsjahren beigetragen haben, wo sie, die Frau eines Kriegsvermißten, nicht nur die Trümmer ihres Hauses eigenhändig beseitigte, sondern auch der örtlichen Pfarre neue Impulse gab. Nicht zufällig scheint es heute, daß die engagierte Rheinländerin mit dem Temperament dieser Landschaft den Wahlkreis von Karl Arnold nach dessen plötzlichem Tod übernahm.

Wenn Maria Hölters am Ende dieser Legislaturperiode aus dem Landtag ausscheidet, so wird ihr der Abschied gewiß nicht leichtfallen; sind doch 22 Jahre ihres Lebens wesentlich von der parlamentarischen Tätigkeit am Düsseldorf Schwanenspiegel geprägt worden. Dabei widmete sich die CDU-Abgeordnete vor allem der Bildungs- und Familienpolitik, wo sie wiederum eine integrierende Toleranz und eine auch vom politischen Gegner anerkannte große Sachkenntnis auszeichneten.

Letztere holte sich die Politikerin insbesondere von der sogenannten „Basis“, von Mitbürgern, mit denen sie das Gespräch suchte. Und die Wähler honorierten dieses Engagement. So holte sie beispielsweise 1975 „ihren“ Wahlkreis mit dem respektablen Abstand von 5,7



Maria Hölters (CDU)

Prozent gegenüber dem politischen Gegner; ein Wahlkreis, der bei den zwei vorherigen Wahlen an die SPD gefallen war.

Für die noch vitale Düsseldorferin bedeutet der Abschied von der Landespolitik keinen gleichzeitigen Verzicht auf die berufliche Tätigkeit. Ihr bisheriges bildungspolitisches Wirken wird sie auf der institutionellen Ebene fortsetzen. So gründete die langjährige Düsseldorf Stadträtin 1954 das „Bildungsforum“, das durch seine aufsehenerregenden Disputationen weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt wurde und heute als „Arbeitsgemeinschaft für Sozialpädagogik und Gesellschaftsbildung“ allein 40 hauptamtliche Mitarbeiter zählt. Ebenfalls rief sie später die Fachhochschulen für Sozialarbeit und für Pädagogik ins Leben. Durch diese Gründungen wollte die Abgeordnete deutlich machen, daß „Kultur und Sozialpolitik eng miteinander verknüpft sind“.

Ihre Erfahrungen stellt Maria Hölters unter anderem der Bundesarbeitsgemeinschaft katholischer Erwachsenenbildung und dem von ihr mitgegründeten Familienbund Deutscher Katholiken zur Verfügung. Zu ihren Ehrenämtern zählt schließlich der Vorsitz in der Landesarbeitsgemeinschaft katholischer Bildungsstätten.

„Es ist viel mehr wert, jederzeit die Achtung der Menschen zu haben, als gelegentlich ihre Bewunderung“, schrieb der Dichter und Philosoph Rousseau. Maria Hölters gehört zu jenen Frauen, die nicht selten beide erfahren haben.

Jochen Jurettko